



## 4. Sitzung des Gemeinderates

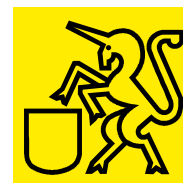
Datum, Zeit	Montag, 4. Februar 2019, 19:00 Uhr bis 20:34 Uhr
Ort	Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Paul Steiner (SVP), Gemeinderatspräsident
Anwesend	37 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	André Csillaghy (SP), Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU), Sarah Steiner (SVP) Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU), Hochbauvorstand Dominic Müller (CVP)
Protokoll	Edith Bohli, Gemeinderatssekretärin
Stimmzähler	Ivo Hasler: Mitte inkl. Bürotisch Valeria Rampone (i.V. von Angelika Murer Mikolasek): Bereich glp/GEU und SP/GP Andreas Sturzenegger: Bereich SVP

---



## Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 3. Sitzung des Gemeinderates vom 10. Dezember 2018
3. Postulat Brigitte Kast (GP) und 5 Mitunterzeichnende „Eine städtische Website für alle“ / Begründung und Überweisung  
GR Geschäft Nr. 35/2018
4. Kreditantrag für den Verein Kino Orion für einen jährlichen Unterstützungsbeitrag von Fr. 25'000.00 für die Jahre 2019 bis 2021  
GR Geschäft Nr. 12/2018
5. Bürgerrechtsgesuche
  - 5.1. Fazliu-Osmani Nezhate sowie die Kinder Osmani Lijana und Rajan, serbische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 9/2018
  - 5.2. Krasniqi Hamdi sowie die Kinder Alketa und Andi, kosovarische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 10/2018
  - 5.3. Schillinger Daniel Josef, deutscher Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 11/2018
6. 1. Fragestunde im Amtsjahr 2018/2019



## 1. Mitteilungen

---

### Mitteilung des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsident Paul Steiner (SVP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum zur 4. Sitzung der Legislaturperiode 2018-2022.

„Viele von uns haben am letzten Freitag auf dem Friedhof Abschied von einem lieben Menschen genommen. Abschied von Marcel Berli, unserem langjährigen Ratskollegen, GRPK-Kollegen, Fraktionskollegen und Freund. Im Andenken an Marcel bitte ich Sie für eine Gedenkminute aufzustehen.“

Es wird eine Gedenkminute für den verstorbenen Alt-Gemeinderat Marcel Berli abgehalten.

Gemeinderatspräsident Paul Steiner (SVP) begrüsst zwei neue Mitglieder im Gemeinderat. Tanja Lips (SVP) ist für Marcel Berli nachgerückt und Urs Menet (SP) folgt auf Tanja Walliser.

Die beiden neuen Gemeinderatsmitglieder stellen sich dem Rat kurz vor und der Gemeinderatspräsident wünscht ihnen viel Freude und Erfolg im Amt.

Gemeinderatspräsident Paul Steiner (SVP) orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde.

Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

Für die Sitzung entschuldigt haben sich André Csillaghy (SP), Sarah Steiner (SVP), Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU) und Hochbauvorstand Dominic Müller (CVP). Ebenfalls entschuldigt hat sich Stimmzählerin Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU). Sie ist im Januar zum dritten Mal Mutter geworden. Gemeinderatspräsident Paul Steiner (SVP) wünscht ihr und ihrer Familie alles Gute.

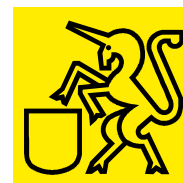
Als Ersatz für die Stimmzählerin Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU) schlägt Gemeinderatspräsident Paul Steiner (SVP) Valeria Rampone (glp/GEU) vor. Es gibt keinen Einwand gegen diesen Vorschlag. Da er auch nicht vermehrt wird, ist Valeria Rampone stillschweigend für diese Gemeinderatssitzung als Stimmzählerin gewählt. Es sind 37 Gemeinderatsmitglieder anwesend.

### *Neue Geschäfte seit der letzten Sitzung*

Seit der letzten Sitzung sind vom Stadtrat keine neuen Sachgeschäfte überwiesen worden.

Folgende Beantwortungen vom Stadtrat zu politischen Vorstössen sind neu beim Ratsbüro eingegangen:

- Interpellation Tanja Boesch (BDP/CVP/EVP) und sechs Mitunterzeichnende „Temporeduktion auf Quartierschliessungsstrassen“
- Schriftliche Anfrage Patrick Walder (SVP): „Auswirkungen des Baurekursentscheides vom 23. März 2018, betreffend Aufhebung der kantonalen Gestaltungspläne im Hochschulgebiet der Stadt Zürich, auf die Teilrevision Flugplatzrand Nord“
- Schriftliche Anfrage Stefanie Huber (glp/GEU): „Innovationspark Dübendorf – Handlungsspielräume der Stadt Dübendorf“



Da die Antwort auf die Interpellation erst nach dem Versand der Einladung für diese Gemeinderatssitzung eingegangen ist, wird sie erst an der nächsten Sitzung behandelt. Die beiden schriftlichen Anfragen sind mit der Beantwortung durch den Stadtrat erledigt.

Seit der letzten Sitzung wurden folgende politischen Vorstösse eingereicht:

- Interpellation Tanja Walliser (SP) und sechs Mitunterzeichnende „Zukunft Zwickyareal“
- Schriftliche Anfrage André Csillaghy (SP) „Kündigung des ASZD-Direktors“

Die Interpellation ist dem Stadtrat vom Büro Gemeinderat zur Beantwortung überwiesen worden. Die schriftliche Anfrage wird vom Stadtrat direkt zu Händen der anfragenden Person schriftlich beantwortet.

*Fraktions- und persönliche Erklärungen*

Keine

## **2. Protokollgenehmigung der 3. Sitzung des Gemeinderates vom 10. Dezember 2018**

---

Zum Protokoll der 3. Gemeinderatssitzung vom 10. Dezember 2018 sind beim Gemeinderatspräsidenten keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.

## **3. Postulat Brigitte Kast (GP) und 5 Mitunterzeichnende „Eine städtische Website für alle“ / Begründung und Überweisung GR Geschäft Nr. 35/2018**

---

### Brigitte Kast (GP)

„Den täglichen Einkauf erledigen, Postkarten verschicken, Billette einkaufen, Einzahlungen machen, die Steuererklärung ausfüllen und noch vieles mehr kann man heute bequem zu Hause am Computer oder sogar unterwegs auf dem Smartphone. Deshalb ist heute eine städtische Homepage nicht mehr einfach nur eine elektronische Visitenkarte, sondern entwickelt sich Schritt für Schritt zu einer interaktiven Plattform zwischen Bevölkerung, Politik und Verwaltung. Angelegenheiten, die man bisher im Stadthaus am Schalter erledigen musste, verlagern sich mehr und mehr in den digitalen Bereich. Dieses Potential einer Website kann aber nur ausgeschöpft werden, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Nebst einer benutzerorientierten Strukturierung muss eine städtische Homepage auch schnell und einfach anzupassen sein, am besten durch die Verwaltung selber, also ohne Support von der Entwicklerfirma. Und natürlich soll eine Website für die grösstmögliche Anzahl von Nutzer/-innen zugänglich sein, also barrierefrei.

Eine barrierefreie Stadt bedeutet heute mehr als ein rollstuhlgängiges Stadthaus und taktile Linien am Bahnhof. Barrierefreiheit bedeutet, dass schon bei der Planung der gesamten Infrastruktur auf die Bedürfnisse aller Dübendorfer/-innen Rücksicht genommen wird, seien das gebrechliche Personen, Eltern mit Kinderwagen oder Einwohner/-innen mit körperlicher oder geistiger Behinderung. Für eine Website bedeutet das, dass sie geräteunabhängig konzipiert wird – dass sich also der Inhalt automatisch an die Grösse des genutzten Bildschirms anpasst und dass sie mit verschiedensten assistierenden Technologien kompatibel ist. Viele Blinde und Sehbehinderte nutzen beispielsweise



sogenannte Screen Readers, also eine Vorlese-Anwendung, und haben so Zugang zur gesamten Online-Welt. Vorausgesetzt, die Entwickler denken an sie.

Deshalb haben wir den kürzlich publizierten Stadtratsbeschluss zur Genehmigung des Kredites für das Redesign unserer städtischen Website mit Interesse unter die Lupe genommen. Dem Beschluss ist zu entnehmen, dass die Stadt ein vielversprechendes Produkt der Firma i-web einkauft, bei dem alle zuvor genannten Punkte berücksichtigt werden. Wir begrüßen die Vorgehensweise, dass die Nutzer der aktuellen Homepage befragt wurden und die Ergebnisse in die Planung des vorliegenden Projektes eingeflossen sind. Wir haben uns gefreut, als wir feststellten, dass unser Anliegen der Barrierefreiheit vom Stadtrat ernst genommen und umgesetzt wird. Schon in der Interpellation zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung aus dem Jahr 2016 haben wir auf die Wichtigkeit einer gut strukturierten und barrierefreien Website aufmerksam gemacht.

So plant der Stadtrat, mit der Firma i-web an einem innovativen Pilotprojekt teilzunehmen. In Zusammenarbeit mit der Stiftung „Zugang für alle“ wird parallel zur eigentlichen Website eine barrierefreie Website konzipiert, die den gleichen Inhalt wie der herkömmliche Auftritt enthält und keinen separaten Unterhalt benötigt. Die Website soll auf einfache Art und Weise mit einem Screenreader aufrufbar sein und ohne dynamische Komponenten auskommen. Die Anwendung maximaler Farbkontraste macht das Lesen auch für Leute angenehmer, die altersbedingt nicht mehr so gute Augen haben. Die Website wird von der Stiftung „Zugang für alle“ modulweise geprüft und von i-web laufend optimiert. Mit diesem Projekt nimmt Dübendorf eine Vorreiterrolle ein und wir hoffen, dass viele andere Gemeinden unserem Vorbild folgen werden. Die Forderungen, die wir in unserem Postulat stellen, erübrigen sich mit diesem Beschluss. Daher werden wir es zurückziehen und bedanken uns für die Berücksichtigung unserer politischen Vorstösse.

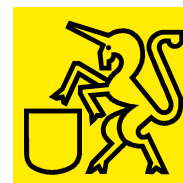
Auf einen Punkt des Stadtratsbeschlusses möchte ich an dieser Stelle noch eingehen, und zwar aufs Modul „Rechtsgültige Amtspublikationen“. Dieses Modul wird auf unserer zukünftigen Website integriert sein und ermöglicht es der Stadt, die Internetseite als amtliches Publikationsorgan zu nutzen. Dass man die technischen Anforderungen dafür schafft, wenn man ohnehin dabei ist, die Website neu zu erstellen, finde ich nicht schlecht. Ich möchte aber betonen, dass es heute noch zu früh ist, die Internetseite als einziges amtliches Publikationsorgan zu nutzen. Nach wie vor informieren sich viele politisch interessierte Dübendorfer/-innen ausschliesslich via offline-Medien. Auch wenn Computer und Internet immer wichtiger werden, sollen ein Leben und ein Mitbestimmen ohne digitale Medien immer noch möglich sein.

Wie erwähnt, wir freuen uns, dieses Postulat zurückziehen zu können und sind gespannt auf den neuen Web-Auftritt von Dübendorf. Wir hoffen, dass die Barrierefreiheit auch bei zukünftigen Projekten von Anfang an berücksichtigt wird, sodass wir uns zu einer Stadt entwickeln, in der sich alle so frei wie möglich bewegen können, sei dies in der digitalen oder in der analogen Welt.“

Stellungnahme Stadtrat

Keine

**Das Postulat wurde zurückgezogen und ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.**



#### 4. **Kreditantrag für den Verein Kino Orion für einen jährlichen Unterstützungsbeitrag von Fr. 25'000.00 für die Jahre 2019 bis 2021** **GR Geschäft Nr. 12/2018**

##### Referat GRPK-Sprecherin Alexandra Freuler (SP)

###### „Formelle Prüfung

Der Antrag des Stadtrates Dübendorf an den Gemeinderat ist verständlich strukturiert und formuliert. Die aufliegenden Akten sind komplett.

###### Inhalt des Antrags

Der Stadtrat Dübendorf beantragt beim Gemeinderat für den Verein Kino Orion eine weitere finanzielle Hilfe (Unterstützungsbeitrag) von jährlich Fr. 25'000 für die Jahre 2019 – 2021.

Mit Beschluss des Stadtrates Nr. 13-96 vom 25. April 2013 wurde dem Verein Kino Orion eine einmalige Anschubfinanzierung im Gesamtbetrag von Fr. 150'000 zugesprochen, aufgeteilt auf die Jahre 2013 (Fr. 70'000), 2014 (Fr. 50'000) sowie 2015 (Fr. 30'000). Mit Datum vom 8. Mai 2015 ersuchte der Verein Kino Orion für die Jahre 2016-2019 um eine weitere finanzielle Unterstützung von jährlich Fr. 50'000. Der Stadtrat unterstützte mit Beschluss Nr. 15-272 vom 3. September 2015 den jährlichen Beitrag von Fr. 50'000, jedoch beschränkt auf die Jahre 2016 und 2017. Da der jährliche Unterstützungsbeitrag von Fr. 50'000 gestützt auf Art. 30 Ziffer 2 der Gemeindeordnung in der Kompetenz des Gemeinderats lag, wurde diesem das Geschäft vorgelegt. Entgegen dem stadträtlichen Antrag bewilligte der Gemeinderat mit Beschluss vom 6. Juni 2016 Unterstützungsbeiträge für das Kino Orion von Fr. 50'000 für das Jahr 2016 sowie je Fr. 25'000 für die Jahre 2017 und 2018.

###### Getroffene Abklärungen und Arbeiten der UK

Die UK hat an zwei Sitzungen den Unterstützungsbeitrag des Vereins Kino Orions behandelt und einen Fragebogen zuhanden des Vereins Kino Orion erstellt.

Im Jahre 2017 gab es 480 Kinovorstellungen sowie zusätzliche Angebote wie Monday Blues, Ladys Night, Friday Night Party, SommerKino, Kids&Family, Schulvorführungen, Arthouse-Vollprogramm, WBK Lounge Gespräche, Sonntagsbrunch, Lesungen etc. Die Eintritte der letzten Jahre gehen kontinuierlich zurück (2014: 13'726 Eintritte, 2016: 10'090 Eintritte).

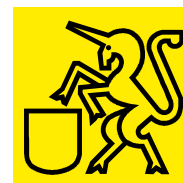
Die UK hat die beiden Fünf-Jahres-Finanzpläne 2015-2019 und 2018-2022 miteinander verglichen. Der Finanzplan ist nach wie vor sehr optimistisch, was der Verein auch zugibt. Die Anzahl Überstunden der Mitarbeiter/-innen wie auch der Freiwilligen sind nach wie vor sehr hoch. Im 2017 gab es diesbezüglich mit einem/einer austretenden Mitarbeiter/-in auch Probleme.

Weiter hat die UK die Risiken des Businessplanes angesehen. Hier sind der UK einige Punkte aufgefallen, die in Zukunft den Finanzplan stark beeinflussen können.

- Sponsoren: die Suche nach Sponsoren wird immer schwieriger
- Miete: der jetzige Vermieter Paul Attinger ist dem Verein gut gesinnt, was bei einem Wechsel des Vermieters passiert, ist sehr ungewiss (Neue Ausrichtung / Mieterhöhung etc.).
- Personalwechsel: bei einem Personalwechsel ist der Verein auf die aktive Mithilfe der Mitglieder angewiesen bis eine Vakanz besetzt ist. Wird diese Mithilfe in dieser Form auf freiwilliger Basis wieder möglich sein?

Der Beitrag von der kantonalen Fachstelle Kultur wurde von Fr. 30'000 auf Fr. 45'000 erhöht. Sie ist der Meinung, dass das Kino Orion eines der wenigen regionalen Kulturkinos ist, welches ein kontinuierlich, qualitativ hochstehendes Angebot bereitstellt.

Im Gegensatz zum letzten Gesucht fehlt eine Investitionsplanung. Auf die entsprechende Frage der UK kam die Antwort, dass von Zeit zu Zeit geprüft werde, welche Investitionen notwendig seien. Dies widerspiegelt sich auch im doch sehr optimistischen Finanzplan (keine Rückstellungen für



Investitionen vorgesehen). Wichtige Investitionen konnte der Verein Kino Orion jedoch jeweils finanzieren. So wurden mittels Crowdfunding rund Fr. 30'000 zusammengebracht für den Ersatz von neuen Kinossesseln. Dem Verein Kino Orion wurde beim letzten Unterstützungsgesuch vom 8. Mai 2015 nahe gelegt, die Punkte Ausbau des Angebotes, Preispolitik bei zusätzlichen Angeboten (z.B. Sonntagsbrunch inkl. Kinobesuch Fr. 25.00) sowie die Mitgliederbeiträge zu überdenken. Leider war es dem jetzigen Team anscheinend nicht bewusst, dass dies eine explizite Aufforderung der damaligen UK war und es wurde diesbezüglich nichts unternommen. Die neue UK hält an den Forderungen fest. Sowohl die günstigen Eintritte und Kostenbeiträge für sonstige Angebote (z.B. Sonntagsbrunch) wie auch die Mitgliederbeiträge sind zu überprüfen und vor einem neuen Gesuch an die Stadt entsprechend anzupassen.

## Fazit

Auch wenn die finanzielle Lage des Vereins nicht wirklich rosig aussieht, unterstützt die UK die Meinung, dass der Verein Kino Orion eine grosse Unterstützung aus der Bevölkerung hat. Die UK kommt zum gleichen Schluss wie der Stadtrat, dass der Verein Kino Orion auch in Zukunft nicht ohne finanzielle Unterstützung der Stadt Dübendorf auskommen wird und der Gemeinderat in zwei Jahren wieder ein Unterstützungsgesuch behandeln muss. Trotzdem ist die UK der Meinung, dass die jährlich Fr. 25'000.00 für den vorläufigen Erhalt des Kinos zweckmässig sind. Die GRPK unterstützt den stadträtlichen Antrag einstimmig.“

## Stellungnahme Mitglieder der GRPK

Keine

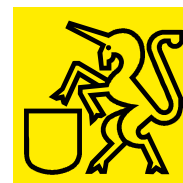
## Stellungnahme Stadtrat / Stadtpräsident André Ingold (SVP)

„Ich möchte mich ganz herzlich bei der GRPK und insbesondere der UK für ihre Abklärungen bedanken. Diese sind sehr gewissenhaft und detailliert über die Bühne gegangen. Der Stadtrat steht nach wie vor hinter dem Kulturangebot des Kino Orion. Aber wir sind zum gleichen Schluss gekommen, wie dann auch die GRPK, dass viele Erwartungen, die an die Unterstützung der Vorjahre geknüpft waren, nicht erfüllt worden sind. Dies hat den Stadtrat dazu bewogen, den Antrag mit den Fr. 25'000 an den Gemeinderat zu stellen. Wir sind aber der Überzeugung, dass dieser Betrag von Fr. 25'000 für die nächsten beiden Jahre auch ausreichen wird. Es wurde bereits erwähnt, dass der Beitrag des Kantons erhöht wurde und dass der Verein Kino Orion jetzt wirklich noch einmal über die Bücher kann und die eine oder andere Anpassung vornehmen kann. Wir hoffen, dass der Gemeinderat unserem Antrag folgt.“

## Ivo Hasler (SP) - Änderungsantrag

„Ich möchte vorausschicken, dass mein Votum die sorgfältige Kommissionsarbeit der UK-GRPK in keinsten Weise in Frage stellen will. Auch möchte ich dem Verein Orion ans Herz legen, die von der GRPK angebrachten Kritikpunkte ernst zu nehmen, sehe hier jedoch auch keinen Widerspruch zu meinen nachfolgenden Ausführungen. Der Erhalt von öffentlichen Geldern im Rahmen der Kulturförderung beinhaltet unbestrittenerweise auch einen haushälterischen Umgang mit diesen. Nicht zuletzt auch weil eine Vielfalt von Institutionen berechtigten Anspruch auf Unterstützung erhebt. In diesem Zusammenhang stellt sich noch die Frage, inwiefern der Stadtrat die in Dübendorf installierte Kulturkommission konsultiert hat. Zumindest gehen aus den zur Verfügung stehenden Unterlagen eine Inanspruchnahme des Rates der Kulturkommission und allfällige daraus resultierenden Schlüsse nicht hervor. Der Antrag kann so leider nicht in den aktuellen Kontext der Kulturförderung in Dübendorf gestellt werden. Eine Gesamtschau fehlt und wäre für zukünftige Geschäfte dieser Art zu begrüssen. Die im Schlussreferat der GRPK erwähnte Ungewissheit über die Nachhaltigkeit der äusserst grosszügigen Mietkonditionen des Kinovermieters Paul Attinger, tönt eine noch viel grundlegendere Frage, als die blosse betriebswirtschaftliche Flugfähigkeit des Vereins an. Das Kino Orion liegt an bester Lage in der Zentrumszone Z2. Ohne die Situation im Detail zu kennen, braucht es nicht viel Phantasie, um zu erahnen, dass der Druck auf zukünftige Generationen für eine





renditeorientierte Veränderung der Liegenschaft – und diese wird vermutlich eher teuren Wohnraum als ein Arthous-Kino beinhalten – an dieser Top-Lage gross sein wird. Herr Attingers lebenslange Passion für das Orion beinhaltet vielleicht auch ein offenes Ohr, mit der Stadt Dübendorf nach Lösungen zu suchen, wie dieses kulturelle Erbe nachhaltig gesichert werden kann. Ein Versuch wäre es wenigstens Wert.

Wir sind der Meinung, dass wertvolle Angebote, wie dies der Verein Orion mit seinem auch grossen freiwilligen Engagement fördert, so gut als möglich unterstützt und für eine breite Bevölkerung erhalten werden sollen. Als Puzzleteil eines funktionierenden Stadtzentrums leistet das Orion nicht nur einen soziokulturellen Beitrag, der für alle Einkommensschichten zugänglich ist (auch die Freiwilligenarbeit ist ein Teil davon), sondern bringt nochmals zusätzliches Publikum ins Stadtzentrum. Wäre es nicht wünschenswert, wenn die ach so guten Steuerzahler in den neu hochgezogenen Quartieren einen Teil ihres Einkommens auch wieder ins Dübendorfer Lokalgewerbe investieren und dabei auch noch mit anderen Dübendorfern in Kontakt treten? Wenn Institutionen wie ein Kino Orion verschwinden, landet auch das Geld für das Nachtessen nach dem Kinobesuch in der Tasche eines stadtzürcher Gewerbes. Vor lauter Suche nach Lösungen für Dübendorfs nicht vorhandenes Stadtzentrum sollten wir nicht vergessen das wertzuschätzen, was wir haben.

## **Änderungsantrag**

Aus diesen Gründen beantragen die Fraktionen SP und Grüne beziehungsweise auf das ursprünglich gestellte Unterstützungsgesuch des Vereins Kino Orion einen Änderungsantrag gegenüber dem Antrag des Stadtrates und der GRPK.

Unser Antrag lautet:

1. Dem jährlichen Unterstützungsbeitrag von Fr. 50'000.00 für den Verein Kino Orion für die Jahre 2019 bis 2021 wird zugestimmt.
2. Der benötigte jährliche Kredit von Fr. 50'000.00 wird bewilligt. Die Krediterteilung wird dabei auf die Jahre 2019 bis 2021 beschränkt.

## Stellungnahme Stadtrat

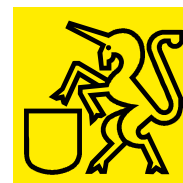
Keine

## Diskussion

### Patrick Walder (SVP)

„Wie die Sprecherin der GRPK gesagt hat, ist es auch Aufgabe der GRPK, gewissenhaft zu prüfen, was mit dem Geld in Dübendorf passiert und wie es ausgegeben wird. Wir haben es daher auch in der UK sehr begrüsst, dass sich der Stadtrat den Businessplan genau angesehen hat und darin auch gesehen hat, dass es dem Kino Orion mit den Fr. 25'000 reicht. Das war mit ein Grund, weshalb der Stadtrat dem Gemeinderat die Fr. 25'000 beantragt hat und nicht die Fr. 50'000 wie es ursprünglich die Idee des Vereins war. Es kommt noch hinzu, dass im Businessplan mit Fr. 30'000 vom Kanton gerechnet wurde und es neu aber Fr. 45'000 sind. Sprich der Businessplan hat jetzt bereits Fr. 15'000 Mehreinnahmen als ursprünglich geplant gewesen war. Ich bin der Meinung, dass in Anbetracht der sinkenden Eintritte, die das Kino leider zu verzeichnen hat, es nicht gerechtfertigt ist, den Antrag des Stadtrates und den Antrag der GRPK zu erhöhen, weil es einfach keine Begründung dafür gibt, die stichhaltig ist. Wir haben auch gesehen – was sehr lobenswert ist – dass es das Kino für spezielle Investitionen, wie z.B. Kinossessel mit grossem Aufwand und Einsatz geschafft hat, das Geld dafür auf privatem Weg zusammenzubekommen, damit diese Sessel finanziert werden konnten. Und so soll es in einem Verein auch sein, denn auch die Mitglieder stehen zu diesem Verein und haben eine gewisse Verpflichtung. Leider sehen wir auch – dies war schon der Kritikpunkt beim letzten Gesuch –





dass der Lohn / Personalaufwand ein sehr grosser Posten in diesem Businessplan ist und sich daher auch immer die Frage stellt, inwiefern es ein Verein ist, der Kultur fördert oder ob es eher eine Firma ist, die Kultur fördert. Von den Strukturen her ist es ganz klar ein Verein und daher auch unterstützungswürdig. Die SVP-Fraktion wird den Fr. 25'000 zustimmen, aber keiner Erhöhung, keinem Antrag für mehr Geld. Wir werden den Antrag von Fr. 50'000 ablehnen.“

### Theo Johner (BDP/CVP/EVP)

„Auch die BDP/CVP/EVP-Fraktion anerkennt die kulturelle und gesellschaftliche Leistung des Vereins Kino Orion. Einer Unterstützung sind wir daher grundsätzlich wohlgesinnt. Die Stadt kann aber nicht einfach Geld an private Vereine verteilen ohne dass klare Konzepte vorhanden sind und ein klarer Auftrag, für was das Geld verwendet wird. Das Problem stellte sich bereits beim Vorgänger, also in der „Ära Frei“. Dies wurde vom Verein jeweils in den Gesuchen vermerkt, die der Gemeinderat behandelt hat. Der Gemeinderat hat daher die Gesuche auch immer wieder nur für zwei bis drei Jahre genehmigt. Wir sind der Ansicht, dass sich der Verein bisher ungenügend mit Gedanken zur Verbesserung der Finanzlage auseinandergesetzt hat. Zum Beispiel ob es Möglichkeiten gäbe zur Zusammenarbeit mit anderen Personen oder Institutionen, die in Dübendorf im Bereich Kultur tätig sind. In Anerkennung der Leistungen und um dem Verein noch einmal die Gelegenheit zu bieten, seine Hausaufgaben zu erledigen, die man bereits bei der letzten Genehmigung mitgegeben hatte, unterstützt die Fraktion den Antrag des Stadtrates.“

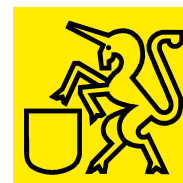
### Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

„In Ergänzung zum Votum der Fraktion, das Theo Johner soeben vorgestellt hat, möchte ich die Haltung der CVP stipulieren. Das Kino Orion ist für die Stadt Dübendorf kulturell und gesellschaftlich von grossem Wert. Darum befürwortet die CVP eine finanzielle Unterstützung des Vereins Kino Orion. Für die viertgrösste Gemeinde im Kanton Zürich gehört ein Kino eigentlich zur kulturellen Grundversorgung. Ein Angebot, das uns von umliegenden kleineren Gemeinden abhebt und einen Standortvorteil für Dübendorf darstellt. Solche Pluspunkte sollten wir nicht leichtfertig aus der Hand geben.

Jedoch – wir haben es bereits gehört – müssen wir leider feststellen, dass der Verein die von Stadt- und Gemeinderat vor drei Jahren gestellten Hausaufgaben nicht gemacht hat. Die Kinobetreiber haben zwar in den letzten Jahren das Angebot weiter ausgebaut und auf breite Teile der Bevölkerung ausgerichtet – Alexandra Freuler hat sie detailliert erwähnt. Aber an der Finanzfront hat sich leider nichts getan – weder kosten- noch ertragsseitig. Nach wie vor ist der Verein Kino Orion weit weg von den ursprünglichen Zielen oder von der finanziellen Unabhängigkeit. Die CVP ist aber überzeugt, dass die Möglichkeiten des Kinos bzw. der Kulturstätte Orion noch nicht ausgeschöpft sind. So sehen wir z.B. in der vorhandenen Bühne ein grosses Potential. Auch Kooperationen mit anderen Kulturschaffenden in Dübendorf sind eine Option, die nach unserer Meinung noch sehr ausbaufähig sind. Es braucht aber den Willen zur Veränderung und Zusammenarbeit.

Wir dürfen uns aber auch nichts vormachen, ein Klein-Kino in der Agglomeration Zürich wird immer auf finanzielle Unterstützung angewiesen sein. Aber die Hausaufgaben müssen zuerst erledigt werden, bevor wir über eine Erhöhung des Unterstützungsbeitrages – wie ihn SP/Grüne fordern – überhaupt diskutieren. Das „Orion“ leistet durch seine Positionierung einen wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen und kulturellen Leben in unserer Stadt. Unsere Familien, Kinder und Senioren sollen auch weiterhin ein auf sie zugeschnittenes Kinoprogramm geniessen können. Die Stadt Dübendorf soll auch weiterhin überregional eine positive Ausstrahlung im kulturellen und gesellschaftlichen Bereich haben.

Daher sagt die CVP "JA" zum Kino Orion und zur finanziellen Unterstützung im Sinne des vorliegenden Antrags von Stadtrat und GRPK.“



## Abstimmung

Bei der Gegenüberstellung des Antrags des Stadtrates/der GRPK und des Antrags der Fraktionen SP/Grüne obsiegt der Antrag von Stadtrat und GRPK mit 28 zu 8 Stimmen.

## Schlussabstimmung

Dem jährlichen Unterstützungsbeitrag von Fr. 25'000.00 für den Verein Kino Orion für die Jahre 2019 bis 2021 wird mit 36 zu 0 Stimmen zugestimmt.

## Beschluss

1. Dem jährlichen Unterstützungsbeitrag von Fr. 25'000.00 für den Verein Kino Orion für die Jahre 2019 bis 2021 wird zugestimmt.
2. Der benötigte jährliche Kredit von Fr. 25'000.00 wird bewilligt. Die Krediterteilung wird dabei auf die Jahre 2019 bis 2021 beschränkt.
3. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

## 5. Bürgerrechtsgesuche

---

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29 Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005, die nachfolgenden Beschlüsse.

### 5.1. Fazliu-Osmani Nezihate sowie die Kinder Osmani Lijana und Rajan, serbische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 9/2018

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 33 zu 0 Stimmen zu.

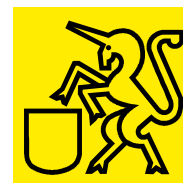
#### Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Fazliu-Osmani
Vorname	Nezihate
Geburtsjahr	1985
Staatsangehörigkeit	Serbien

sowie die Kinder

Name	Osmani
Vorname	Lijana



Geburtsjahr 2010  
Staatsangehörigkeit Serbien

und

Name Osmani  
Vorname Rajan  
Geburtsjahr 2014  
Staatsangehörigkeit Serbien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

**5.2. Krasniqi Hamdi sowie die Kinder Alketa und Andi, kosovarische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 10/2018**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 31 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name Krasniqi  
Vorname Hamdi  
Geburtsjahr 1981  
Staatsangehörigkeit Kosovo

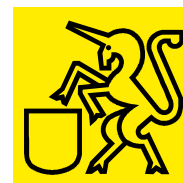
sowie die Kinder

Name Krasniqi  
Vorname Alketa  
Geburtsjahr 2005  
Staatsangehörigkeit Kosovo

und

Name Krasniqi  
Vorname Andi  
Geburtsjahr 2009  
Staatsangehörigkeit Kosovo

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.



## 5.3. Schillinger Daniel Josef, deutscher Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 11/2018

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 34 zu 0 Stimmen zu.

### Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Schillinger
Vorname	Daniel
Geburtsjahr	1973
Staatsangehörigkeit	Deutschland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

## 6. 1. Fragestunde im Amtsjahr 2018/2019

Gemeinderatspräsident Paul Steiner (SVP) erläutert das Vorgehen. Insgesamt sind 15 Fragen eingereicht worden. Die Behandlung erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs. Der Ratspräsident weist darauf hin, dass die Begründungen zu den Fragen kurz zu halten sind und es keine anschliessende Diskussion gibt, aber der/die Fragesteller/-in oder ein anderes Ratsmitglied eine ergänzende Frage stellen kann.

### 1. Brigitte Kast (GP): Lichtsignal vor dem Stadthaus als Velo-Barriere

„Um mit dem Velo die Kreuzung neben dem Stadthaus zu überqueren, braucht es wegen fehlenden Velostreifen nicht nur viel Gelassenheit, sondern unter Umständen auch viel Glück. Wenn man nämlich von der Usterstrasse in die Wilstrasse abbiegen möchte, um beispielsweise zur Post zu gelangen, dann kann man hoffen, dass ein Autofahrer den gleichen Plan hat. Alleine als Velofahrerin kann man ewig auf grünes Licht warten, da man von der Signal-Anlage nicht erkannt wird. Ich fahre jeden Morgen mit dem Velo via Stettbach nach Zürich und habe nur etwa alle zwei Wochen das vorhin erwähnte Glück. Dann kann ich die stark befahrene Zürichstrasse meiden und via Zelgli über die Felder zum Stettbach fahren. Im Morgenverkehr würde das auch die Nerven der gestressten Autofahrer etwas schonen.“

### *Frage*

1. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass vor seiner Haustüre eine Velo-Barriere besteht? Wann wird er diese beheben?

### Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (BDP)

„Uns ist diese Problematik bewusst, dass es auf der Kreuzung keine speziellen Radstreifen, geschweige spezielle Induktionsschleifen für Velofahrer hat. Auch mir selbst als Velofahrer, wie auch als Autofahrer kam es dort zum Warten schon sehr lange vor, bis ich in die Wilstrasse abbiegen konnte. Deshalb komme ich jetzt zum Gesamtverkehrskonzept. Dieses Thema ist Gegenstand der



neuen Objektblätter 2.15 und 2.16 des Gesamtverkehrskonzepts. Dies sind einerseits die gesamte „Städlikreuzung“ und andererseits die Sanierung der Wilstrasse. Zusätzlich kann man noch sagen, dass vor ca. zwei Jahren die Kreuzung mit einer Busbevorzugungsanlage versehen wurde. Diese ist im Einsatz und wenn man Pech hat und mit dem Velo dort steht und der Bus kommt, muss man noch länger anstehen. Weiter kann man noch sagen, dass es nicht einfach ist, auf einer Kreuzung eine Lichtsignalanlage mit einem Velostreifen aufzumalen und eine Induktionsschleife vorzusehen, sondern dass man sämtliche Normmassnahmen berücksichtigen muss, z.B. muss ein „Velosack“ (vorgesezte Velos gegenüber den Autos) umgesetzt werden. Deshalb ist hier eine ausgedehnte Planung mit der Berücksichtigung aller Verkehrsteilnehmer notwendig und man kann nicht einfach nur einen Velostreifen aufmalen.“

## 2. Valeria Rampone (glp/GEU): Geschwindigkeitskontrolle und Verkehrsführung Bettlistrasse

„Die Bettlistrasse ist wegen ihrer Lage in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof und als Durchfahrtsstrasse für die Verkehrslage im Zentrum von Dübendorf bedeutend. 2018 fanden an der Bettlistrasse sowohl Bauarbeiten als auch eine Geschwindigkeitskontrolle mittels mobilem Radar statt.“

### Fragen

1. Während den Bauarbeiten galt für die Bettlistrasse zum Teil Einbahnverkehr. Wurden die Auswirkungen dieser Verkehrsführung auf die Gesamtverkehrssituation erfasst? Wenn ja, welche Auswirkungen wurden beobachtet?
2. Welche Resultate ergab die Geschwindigkeitskontrolle mittels mobilem Radar an der Bettlistrasse von letztem Jahr? Wurden Auswirkungen der Radarkontrolle auf den Strassenraum vor dem Bahnhof beobachtet, insbesondere betreffend Sicherheit und Lärmbelastung?
3. Wurden Schlüsse aus den allenfalls im Zusammenhang mit der veränderten Verkehrsführung und der Geschwindigkeitskontrolle beobachteten Auswirkungen gezogen? Wenn ja, welche?

### Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (BDP)

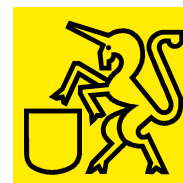
„Die Verkehrsführung des Zentrums inkl. Bahnhof/Bettlistrasse ist ein Thema morgen im Verkehrsausschuss. Im Moment ist es aber noch zu früh, um irgendwelche Tendenzen oder Schlüsse von allfälligen Massnahmen zu erwähnen. Wichtig ist, es wird Veränderungen geben. Mir ist bewusst, dass es letztes Jahr eine Baustelle an der Bettlistrasse hatte und dass Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt worden sind. Ich musste dies heute nachfragen, ich habe nicht sämtliche Geschwindigkeitskontrollen im Kopf. Es sind ca. 20'000 Fahrzeuge gemessen und davon sind sechs Übertretungen registriert worden. Das gibt 0.03%, die Norm liegt bei 3%.“

## 3. Stefanie Huber (glp/GEU): Nachwehen Feuerwerk Silvester

„Das Feuerwerk an Silvester hat seine Spuren hinterlassen. Auf einem Feldweg neben unserer Siedlung beispielsweise liegen heute noch die Überreste privaten Feuerwerks. Neben Sicherheits-, Gesundheits- und Umweltfragen, welche heute eher in den Hintergrund treten sollen, stellen sich Fragen in Richtung Entsorgung und Littering.“

### Fragen

1. Sind Feldwege, Spazierwege in der Nähe von Siedlungen in der Regel Privat- oder öffentlicher Grund? Falls es öffentlicher Grund ist: Wer ist für die Säuberung von Feldwegen, Spazierwegen etc. in Dübendorf verantwortlich? Wie oft werden diese Wege gesäubert?



2. Darf davon ausgegangen werden, dass nach Silvester und 1. August bisher keine Notwendigkeit gesehen wurde, eine Zusatzrunde auf dem Dübendorfer Stadtgebiet zu fahren?
3. In Dübendorf werden regelmässig Kampagnen zum Thema Littering durchgeführt. Hat der Stadtrat bereits einmal überlegt, vor Silvester oder 1. August das Thema Feuerwerksabfälle zu thematisieren?

#### Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„Falls es ein öffentlicher Weg ist – denn wir haben ja noch Grundgenossenschaften, Privatwege und all diese Sachen – wird er einmal in der Woche kontrolliert und zwar im Zusammenhang mit der Leerung der Robidogs und der Mülleimer. Du hast Recht, Zusatzrunden waren bisher nach dem 1. August und Silvester keine geplant. Aber ich kann hier bereits ankündigen, dass wir das thematisiert haben und dass wir im Konzept Freiraum-Littering als Posten aufnehmen, wie in Zukunft damit umgegangen werden soll.“

#### **4. Tanja Boesch (BDP/CVP/EVP): Interne Richtlinien der Sozialbehörde – Kompetenzhandbuch für die Mitarbeitenden der Sozialhilfe, das auf den SKOS-Richtlinien und dem Sozialhilfe-Behördenhandbuch des Kantons Zürich beruht (gem. Formulierung der Sozialbehörde)**

„Die Frage wurde in den letzten Jahren schon öfters gestellt und ich möchte sie nun ein letztes Mal stellen. Eine positive Beantwortung würde sicher zur Transparenz beitragen, die im Sinne sowohl des Gemeinderates, Stadtrates, der Verwaltung und der Bevölkerung sein dürfte. Nach verschiedenen Gesprächen mit dem Sozialamt des Kantons Zürich und dem Hinweis auf das Gesetz über die Information und den Datenschutz IDG, sehe ich nach wie vor keinen Grund, weshalb das Kompetenzhandbuch nicht offen einsehbar ist.

Im IDG steht folgender Absatz unter I. Allgemeine Bestimmungen: Dieses Gesetz regelt den Umgang der öffentlichen Organe mit Informationen. Es bezweckt, a. das Handeln der öffentlichen Organe transparent zu gestalten und damit die freie Meinungsbildung und die Wahrnehmung der demokratischen Rechte zu fördern sowie die Kontrolle des staatlichen Handelns zu erleichtern.

Zu diesen öffentlichen Organen gehören der Kantonsrat, die Gemeindeparlamente, Gemeindeversammlungen, Behörden und Verwaltungen des Kantons und der Gemeinden.

In der Dübendorfer Gemeindeordnung wird lediglich das Geschäftsreglement der Sozialbehörde erwähnt, aber von Geheimhaltung steht auch da kein Wort.

Ich bin der Überzeugung, wie viele meiner Ratskolleginnen und Ratskollegen auch, dass es keinen Grund gibt, diese Richtlinien, die ja auch als Arbeitsinstrument für die Angestellten gelten, nicht zu veröffentlichen.“

#### *Frage*

1. Kann der Gemeinderat damit rechnen, dass das Kompetenzhandbuch veröffentlicht wird, wie z.B. auch in Zürich und Winterthur?

#### Sozialvorständin Jacqueline Hofer (SVP)

„Ich kann es ganz kurz halten. Es ist für die Behördenmitglieder der Stadt Dübendorf möglich, auf Voranmeldung beim Sozialamt in die internen Unterstützungsrichtlinien der Sozialhilfe Einsicht zu nehmen.“



## 5. Ivo Hasler (SP): Stand Temporeduktion Überlandstrasse auf 50km/h

„Die rasante bauliche Veränderung der Quartiere Hochbord, Giessen und Neugut zu neuen Wohnquartieren werfen auch die Frage nach adäquateren Geschwindigkeitsregimes für deren angrenzende Strassenachsen auf. Die Stadt Dübendorf hat dies im Gesamtverkehrskonzept Dübendorf (aktualisiert am 13. November 2018) auf dem Objektblatt 2.08 „Tempolimit Überlandstrasse“ berücksichtigt und schlägt eine Temporeduktion auf 50km/h ab dem Autobahnzubringer A1 durchgehend bis zum Fliegermuseum und weiter 60km/h bis zur Stadtgrenze vor. Der Realisierungshorizont ist mit „kurzfristig“ und für Ende 2017 veranschlagt.“

### Fragen

1. Da der Realisierungshorizont bereits über ein Jahr zurückliegt stellt sich die Frage, ob der Stadtrat sagen kann, bis wann die geplanten Massnahmen voraussichtlich umgesetzt sein werden?
2. Ist für den Stadtrat eine Radarüberwachung der Geschwindigkeit denkbar, um die auch heute schon gängigen Geschwindigkeitsübertretungen einzudämmen, so wie dies auf dem Stadtzürcher Abschnitt der Überlandstrasse seit Jahrzehnten der Fall ist?

### Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (BDP)

„Dies ist ein Thema, das seit Jahren an der Koordinationssitzung mit dem Kanton, die zweimal jährlich stattfindet, immer angesprochen wird. Da die Überlandstrasse im Eigentum des Kantons Zürich ist, ist dieses Projekt von exogenen Faktoren abhängig. Die Stadt Dübendorf gelangt seit Jahren regelmässig mit ihren Anliegen an die zuständigen Stellen – und wurde immer auf das laufende BGK (Betriebs- und Gestaltungskonzept) verwiesen.

Zur zweiten Frage: Wie bereits erwähnt, befindet sich die Überlandstrasse nicht in unserem Eigentum. Daher können unsererseits (Stadtpolizei Dübendorf) keine diesbezüglichen Massnahmen umgesetzt werden. Messungen der Kantonspolizei Zürich hatten ergeben, dass sich der V85-Wert zwischen 53 km/h (Richtung Uster) und 57 km/h (Richtung Zürich) bewegt – somit unterschreiten 85% der gemessenen Fahrzeuge die signalisierte Höchstgeschwindigkeit auf diesem Abschnitt klar.“

## 6. Ivo Hasler (SP): Sicherheitsmassnahmen für Fussgänger im Bereich Neugut - Giessen

„Das Gebiet Neugut – Giessen hat sich vom vorstädtischen Verkehrsknotenpunkt zum Wohnquartier entwickelt. Dies soll sich jetzt endlich auch in der Verkehrsinfrastruktur niederschlagen. Die Grünphasen bei Fussgängerstreifen sind nicht genügend lang, so dass auch gebrechlichen Menschen oder Familien mit kleinen Kindern ausreichend Zeit bleibt, die Strassen sicher zu überqueren. Die Ampelschaltungen nehmen auf den Fussgängerfluss wenig Rücksicht. Im Moment wird eine Überquerung bei Rot wegen zu langer Wartezeiten gar forciert. Im Bereich der Tramstation Neugut (Dübendorf-Wallisellen), verstärkt sich das Problem zusätzliche bei herannahenden Trams.“

### Fragen

1. Welche Möglichkeiten hat die Stadt Dübendorf, für dieses Anliegen Druck beim Kanton zu machen, damit die Strassenräume im Bereich Neugut – Giessen fussgängerfreundlicher und sicherer werden und ist sie dazu auch gewillt?
2. Welcher Zeithorizont ist für eine Verbesserung der Situation realistisch?





Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (BDP)

„Der genannte Perimeter befindet sich auf dem Gemeindegebiet Wallisellen. Der Strasseneigentümer ist der Kanton Zürich. Es werden zur Zeit Lösungen mit Einbezug aller involvierten Stellen (Verkehrsbetriebe Glattal (VBG), Kanton Zürich, Kantonspolizei, Gemeinde Wallisellen, Stadt Dübendorf) ausgearbeitet. Wichtig zu wissen ist, dass die VBG möglichst bald Schranken aufstellen möchte.“

Nachfrage Ivo Hasler (SP)

„Man könnte das Thema ja auch noch darauf abstützen, dass die Stadt Dübendorf auch verpflichtet ist, für die Sicherheit ihrer Bürger zu sorgen. Dies müsste eine hohe Priorität haben. Im Moment beugt man sich hier einfach zu fest, es muss doch eine Schmerzgrenze geben. Oder zugespitzt gefragt: Muss an einem solchen Ort zuerst wieder jemand sterben, damit gehandelt wird?“

Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (BDP)

„Also die Sicherheit der Bürger – sei es in der Stadt Dübendorf oder auch Wallisellen oder irgendwo – ist überall gleich wichtig. Es ist überall wichtig, dass die Leute sicher über die jeweiligen Strassen gehen können. Ich habe es aber eigentlich schon gesagt. Es ist sehr schwierig, bei all den verschiedenen involvierten Stellen schnell eine Bewegung in den Prozess hineinzubringen. Man muss wissen, dass eine Lichtsignalanlage dem Kanton gehört, betrieben wird sie schlussendlich von der Polizei usw. Es sind also verschiedene Stellen schon nur für eine Lichtsignalanlage zuständig. Daher geht es einfach nicht schneller.“

## **7. Tanja Boesch (BDP/CVP/EVP): Wohnen für alle**

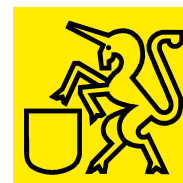
„Bei der Volksinitiative 2014 „Wohnen für alle“ sollte der Anteil von gemeinnützigen Wohnungen von damals 5 bis 7% auf 15% erhöht werden. Der Gegenvorschlag des Stadtrates, der sich unverbindlicher gestaltete, wurde angenommen. Damals ging der Stadtrat von einem Genossenschaftsanteil von 7 – 9% aus, die Initianten von 5%. Im Geschäftsbericht 2017 werden folgende Projekte erwähnt: Wohnen im Alter sowie demografisch durchmischtes Wohnen werden nach den Kriterien der Kostenmiete gefördert. Projekt Tulpenstrasse: Baubewilligung erteilt (Rekursverfahren pendent); Projekt Lindenhof: Ausschreibung Baurecht erfolgt, Vergabe pendent.“

*Frage*

1. Wie sieht die Situation heute aus? Wie viele genossenschaftliche Wohnungen oder Wohnungen mit Kostenmiete sind in Dübendorf zusätzlich erstellt worden und wie viele sind in Planung?

Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (BDP)

„Im Namen des Finanzvorstands wird die Frage wie folgt beantwortet: Grundsätzlich führt die Stadt keine Statistik über Wohnungsbestände wie gemeinnützig, genossenschaftlich noch Kostenmiete. Stadtseitig: In den letzten Jahren wurden zwei Grundstücke für Baurechte (Lindenhof/Tulpenstrasse) ausgeschrieben und abgegeben. Beide auf Basis der Kostenmiete. Andere Grundstücke wurden nicht behandelt. Seit dem Geschäftsbericht wurde die Baubewilligung Tulpenstrasse rechtskräftig. Über den Baubeginn wurde via Medien informiert. Der Lindenhof ist im Moment unverändert. Es gibt diverse Gründe für die Verzögerung. An der Tulpenstrasse werden 13 Wohnungen erstellt und im Lindenhof sind es ungefähr 20 Wohnungen.“



Dann kommen wir zu Dritten, die in Dübendorf solche Wohnungen erstellen. Die Genossenschaft Kraftwerk hat im Zwicky Süd rund 125 Wohnungen mit Basis Kostenmiete erstellt. Und die Wogeno (Bello-Überbauung) ist jetzt bewilligt. Dort entstehen ebenfalls Genossenschaftswohnungen.“

## 8. Flavia Sutter (GP): Alterspolitik / Altersleitbild

„Im September 2015 erkundigte sich der damalige SP-Gemeinderat Hans Baumann nach einer Strategie zur Alterspolitik bzw. einem Altersleitbild. Der damalige Stadtrat Kurt Spillmann erwiderte, dass keine solche geplant sei, aber dass auf Juni 2016 eine Anlauf- und Koordinationsstelle für Altersfragen eröffnet werde. Im Legislaturprogramm 2014-2018 des Stadtrates ist dies unter Massnahmen vermerkt, im aktuellen Legislaturprogramm 2018-2022 steht nichts mehr.“

### Fragen

1. Ist die Schaffung dieser Anlauf- und Koordinationsstelle immer noch geplant?
2. Wenn ja, wann soll sie eröffnet werden?
3. Plant der Stadtrat, ein Altersleitbild zu entwickeln?

### Sozialvorständin Jacqueline Hofer (SVP)

„Als Teilschritt einer Massnahme zu einem Legislaturziel ist die Einrichtung einer Anlauf- und Koordinationsstelle für Altersfragen vorgesehen. Sie wird dieses Jahr mit der Budgetierung 2020 aufgenommen und im Budget einfließen. Es ist geplant ab 1.1.2020 zu starten.

Zur letzten Frage kann ich sagen, dass wir dies entgegennehmen und intern prüfen werden.“

## 9. Julian Croci (GP): Beleuchtung Fussweg zwischen Tramhaltestelle Zürich Altried und Zwicky-Süd

„Viele Anwohner/-innen des Zwicky-Süd benutzen die Haltestelle Zürich Altried, um schnell nach Zürich zu kommen oder um spät abends nach Hause zurückzukehren. Der schnellste Weg dorthin ist allerdings nicht beleuchtet, deswegen wird häufig der Weg, der die Autobahnauffahrt kreuzt, genutzt. Das birgt grosse Sicherheitsrisiken und könnte durch einfache Infrastruktur-Anpassungen vermieden werden.“

### Frage

1. Plant die Stadt Dübendorf, die unbeleuchteten Teile dieser Route zu beleuchten, insbesondere die Autobahnunterführung zwischen Otto-Jaag-Strasse und Glattweg?

### Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„Wir nehmen das gerne auf und werden ein Begehren beim Bund stellen. Ich kann euch aber gleich schon beruhigen, weil der ganze Tunnel und die ganzen Wege gehören dem Bund. Aber uns hat dieser Zustand auch schon lange gestört und wir sind im Gespräch mit dem Bund. Sie haben ein grosses Interesse an der Zusammenarbeit mit uns betreffend Ausbau des Pannenstreifens, der bei der ARA oben vorbeigeht. Wir werden versuchen das in dieses Package miteinzubauen.“



## 10. Thomas Maier (glp/GEU): (Ehemaliges) Busdepot Gockhauserstrasse

„An der Gockhauserstrasse Abzweigung Neue Stettbachstrasse befand sich viele Jahre lang ein Busdepot der VBZ, respektive des ZVV. Seit einiger Zeit scheint dieses Depot nicht mehr vom ZVV genutzt zu werden. Stattdessen stehen dort aktuell Stossstange an Stossstange ausrangierte Autos und Lieferwagen. Gemäss Zonenordnung befindet sich das ehemalige Busdepot in der Reservezone.“

### Fragen

1. Ist der Stadt Dübendorf bekannt, warum es zu dieser Umnutzung kam und wenn ja, was sind die Gründe?
2. Ist diese Umnutzung zulässig und wenn ja, auf welchen Grundlagen basiert diese?

### Stadtpräsident André Ingold (SVP)

„Ich muss für diese Beantwortung etwas ausholen. Im Jahr 2015, als die VBZ dieses Busdepot aufgegeben hat, war ein Gebrauchthändler dort, der noch Busse verkauft hat. Wir haben dies zum Anlass genommen, um zu überprüfen, ob das überhaupt legal ist oder nicht. Wir kamen damals zum Schluss, dass es legal ist. Dies aus verschiedenen Gründen. Man muss wissen, dass diese Bewilligung für ein Busdepot bereits im 1975 gesprochen wurde und dazumal war es noch in der Gewerbe- resp. Industriezone. Und entsprechend besteht hier auch noch eine Bestandesgarantie. Das heisst auf gut Deutsch: Aus rein baurechtlicher und raumplanungsrechtlicher Sicht haben wir es vorliegend nicht mit einer Umnutzung zu tun. Jetzt ist das aber mit diesen Autos und Lieferwagen so, dass dies Probleme geben kann. Vor allem im Zusammenhang mit Grundwasser, respektive mit auslaufenden Ölen. Wir werden die Baupolizei, respektive das Hochbauamt zur Kontrolle schicken. Ich muss jedoch gleich die Klammer öffnen, denn wir können nur kontrollieren, denn wenn ein Verdacht besteht, dann bieten wir das ARE auf und dann geht das ganze "Rössli Spiel" los. Also innerhalb von einem halben Jahr wird man das nicht wegbringen.“

## 11. Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP): Parksituation Samsung Hall

„Nach meinem Wissen dürfen die Betreiber der Samsung Hall keine zusätzlichen Parkplätze für ihre Veranstaltungen dazu mieten. Die Besucher sollen hauptsächlich mit den öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen. Es scheint aber, dass Veranstaltungsbesucher trotzdem "angewiesen" werden, ihre Fahrzeuge auf den benachbarten Gewerbe-Liegenschaften zu parkieren, da die Samsung Hall-eigenen Parkplätze eher knapp sind.“

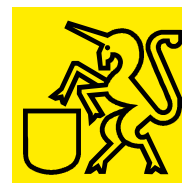
### Fragen

1. Ist die Aussage bezüglich des Grundsatzes der zusätzlichen Parkplätze korrekt?
2. Halten sich die Betreiber daran bzw. hat der Stadtrat Kenntnisse von Verstössen gegen diese Auflagen?
3. Gibt es Reklamationen aus der Nachbarschaft bezüglich Parkieren?

### Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (BDP)

„Zur ersten Frage: korrekt, die Einhaltung wird bei Bewilligungen / Auflagen abteilungsübergreifend kontrolliert.

Zur zweiten Frage: Ja, es sind Verstösse bekannt. Wir wissen es wohl alle, dass dieses System gefahren wird, dass man in andere Parkhäuser fährt.



Zur dritten Frage: Ja, von der Stadt Zürich. Man konnte in den Medien lesen, dass eine Petition "Hohmoos" eingereicht wurde, deren Unterzeichner mit dem "Schleichverkehr" nicht einverstanden sind.

Dies waren die Antworten auf die Fragen und nun möchte ich noch zusätzlich etwas erwähnen. Die rechtliche Grundlage für den Bau der Samsung Hall bildet die Baubewilligung der Stadt Dübendorf aus dem Jahr 2014. In der Baubewilligung geht man von einem Modalsplit von 85 zu 15% aus. Das Baugesuch ist noch nicht abgeschlossen. Für den definitiven Abschluss der Bewilligung ist ein Verkehrsgutachten notwendig, das von den Betreibern der Samsung Hall zu erstellen ist. Nach der Bezugsbewilligung (erfolgte ca. vor 1.5 Jahren) muss ein Verkehrsgutachten erstellt werden. Das Monitoring ist zurzeit am Laufen. Diese Woche werden an zwei Abenden die Verkehrsflüsse gemessen und erfasst. Nach dem Abschluss des Monitorings werden die Auswertungen im Verkehrsgutachten gegenüber der Stadt Dübendorf dargelegt. Anschliessend müssen weitere Massnahmen aufgrund der neuen Erkenntnis besprochen und entschieden werden.“

## 12. Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP): Überprüfung Verwaltungsaufgaben

„Ein Durchleuchten der Aufgaben der Verwaltung wurde vom Stadtrat im Mai 2015 in der Beantwortung auf eine CVP-Interpellation in Aussicht gestellt. Zitat: "Die Prozesse und damit verbundene Kostenoptimierungspotenziale werden im Verlaufe dieser Legislatur überprüft".

Die Legislatur, in der diese Aussage gemacht wurde, ist mittlerweile abgelaufen. Nach meinem Kenntnisstand, ohne die versprochene Untersuchung abzuschliessen.“

### Fragen

1. Hat der Stadtrat mit der Leistungsüberprüfung überhaupt schon begonnen?
2. Bis wann gedenkt der Stadtrat seinem Versprechen diesbezüglich nachzukommen?

### Stadtpräsident André Ingold (SVP)

„Die erste der Fragen kann ich mit Ja beantworten, die Vorarbeiten auf der Verwaltungsebene sind durch die flächendeckende Leistungserfassung bereits erfolgt und wir werden uns voraussichtlich im März an unserer Frühjahresklausur mit dem Ganzen befassen.“

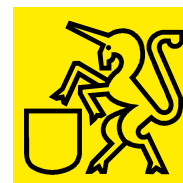
## 13. Theo Zobrist (SP): Verkehrsregime um das Postgebäude

„Der sichere Zugang zum Service Public ist seit der Eröffnung des neuen Postgebäudes an der Wilstrasse 13 nicht gewährleistet. Ein wildes Verkehrschaos direkt vor dem Eingang der Post, der Bäckerei und dem noch freien Geschäft.

Die Tiefgaragenausfahrt des Nebengebäudes und der Weg zwischen den Häusern führen direkt auf das Trottoir, wo sich auch der „Drive In“ Briefkasten und der Postomat befindet. Geht man über den Fussgängerstreifen zur Post, müssen zuerst Fahrzeuge/Parkplätze umrundet und Schwellen überwunden werden.

### Fragen

1. Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass ein gefährliches Verkehrsregime um das Postgebäude führt und dringender Handlungsbedarf besteht?
2. Entspricht die Zufahrt des Postgebäudes den VSS-Normen und den kantonalen „Zugangsnormalien“ und der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer?
3. Welche/-s Amt/Behörde oder Ausschuss hat diese Zufahrt bewilligt?



Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„Ich versuche das im Namen von Dominic Müller, meinem Stadtratskollegen, zu beantworten. Ich gebe dir Recht, Theo Zobrist, es gibt gelungenere Verkehrssituationen als diese bei uns bei der Post. Bei Missständen wird die Situation neu beurteilt und gegebenenfalls müssen Massnahmen angeordnet werden. Dies ist übrigens bereits passiert, wir haben schon gewisse Massnahmen verfügt und auch anbringen lassen. Das zweite, das mit den Normen. Die Baubewilligung ist nach den gesetzlichen Vorgaben (Normen) gebaut und baurechtlich bewilligt worden. Die Vorfahrt auf dem privaten Grundstück der Post, dient zur Erschliessung der Parkplätze. Dies musste nach einem Rekurs der Post so bewilligt werden.“

#### **14. Marco Lang (BDP/CVP/EVP): Biber an der Glatt**

„Mehrere Biber leben an der Glatt. Aufgrund der Tiere sind bereits mehrere Sträucher und Bäume vom Glattufer verschwunden.“

*Fragen*

1. Wie ist die Haltung des Stadtrats zum Thema?
2. Welche Massnahmen wurden ergriffen oder sind geplant?
3. Werden allfällige Massnahmen auch mit den Nachbargemeinden Wallisellen, Schwerzenbach und Fällanden koordiniert?

Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„Der Biber ist ein geschütztes Tier. Er hat einen eigenen Biberbeauftragten und wird beobachtet – das ist kein Witz – und er hat vom Kanton noch einen kantonalen Biberschutzbeauftragten, der die Koordination zwischen den Gemeinden vollzieht. Die Stadt hat, wie du das richtig gesagt hast, diverse Schäden. Klar, wir haben auch geschützte Zonen, aber man musste schon gewisse Bäume fällen, weil er sie so kaputt gemacht hat. Wir haben einmal gesagt, wenn jemand mit der Kettensäge in ein solches Gebiet gehen würde, würde man ihn verbannen, wenn es der Biber ist, sagt man „Jöö“. Die Stadt musste 56 Bäume mit Drahtgeflecht umzäunen, denn das ist etwas, was er nicht nimmt. Er gräbt und gräbt, er ist sehr fleissig. Er baut Dämme, wir konnten hier auch schon wieder die ersten Schäden feststellen. Und in Zukunft, wenn das Projekt der Renaturierung dann läuft, werden wir dem Biber sogar noch ein Plätzchen zuordnen.“

#### **15. Patrick Schnider (SP): Kunststoff-Recycling**

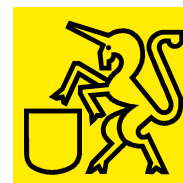
„Im November 2015 wurde im Rat eine Motion zum Recycling von Kunststoff einstimmig angenommen.“

*Fragen*

1. Was für neue Angebote zum Recycling von Kunststoffen gibt es seither?
2. Welche Angebote sind in Planung?

Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„Wir beobachten die „Situation Plastik“ sehr genau. China und Thailand haben ihre Aufnahmen von übrigem Plastik verweigert und dadurch entstehen in den Sortieranlagen riesengrosse Restmengen. In Stuttgart bringt man diese zurzeit gar nicht weg. Das hat zur Folge, dass die Plastikbörse im Moment zusammengebrochen ist – wir bezahlen im Moment für unsere Kunststoffbehälter. Für



Hohlkörper, wie Lenor- oder Persil-Flaschen, für die man früher sogar etwas bekam, muss man jetzt zahlen, damit man sie loswird. Wir werden den Markt weiterhin beobachten und schauen, was wir machen können.“

### **Einwände gegen die Verhandlungsführung**

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht. Gemeinderatspräsident Paul Steiner (SVP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechts-sachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.

Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

### **Schlussbemerkung**

Das Büro des Gemeinderates entscheidet an der vorgezogenen Sitzung vom 11. Februar 2019 darüber, ob die nächste Gemeinderatssitzung am 4. März 2019 stattfindet.

---

Schluss der Sitzung: 20:34 Uhr

### **Für die Richtigkeit des Protokolls**

Edith Bohli  
Gemeinderatssekretärin

### **Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Paul Steiner  
Gemeinderatspräsident



Ivo Hasler  
Stimmenzähler

Valeria Rampone (i.V. für Angelika Murer Mikolasek)  
Stimmenzählerin

Andreas Sturzenegger  
Stimmenzähler